

Presseerklärung, 19.03.2018

Erfolg der Allianz der Freien Künste: Verlängerung ALG I beschlossen – Beschäftigte im Kulturbereich werden längerfristig abgesichert

Die Allianz der Freien Künste begrüßt die Entscheidung des Bundeskabinetts vom 07.03.2018, nach der die Sonderregelung bezüglich eines erleichterten Zugangs zu Arbeitslosengeld für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die überwiegend nur kurz befristete Beschäftigungen ausüben, verlängert wird. Der Kulturbereich ist davon intensiv betroffen. Insbesondere Künstler*innen und Kunstschaffende profitieren von der Vorschrift, die ohne Verlängerung schon Mitte dieses Jahres auslaufen würde.

Kulturstaatsministerin Monika Grütters betonte: „Mit der Verlängerung wird nun zunächst das Auslaufen der Vorschrift zum 31. Juli dieses Jahres verhindert. Damit ist ein wichtiger erster Schritt zur sozialen Absicherung vieler Kreativer getan. Bis zum Sommer 2021 haben wir jetzt die nötige Zeit, um unter intensiver Einbindung der Verbände eine gute dauerhafte Lösung zu erarbeiten. Die Verbesserung der sozialen Absicherung der Künstler und Kreativen bleibt damit auf der kulturpolitischen Agenda dieser Legislaturperiode.“

In der Pressemitteilung des Presse- und Informationsamt der Bundesregierung heißt es: „In der neuen Koalitionsvereinbarung haben sich die Koalitionsparteien das Ziel gesetzt, eine sachgerechte Anschlussregelung zu schaffen, die den Besonderheiten der Erwerbsbiografien der in der Kultur Beschäftigten hinreichend Rechnung trägt.“ Dies hatte die Allianz der Freien Künste explizit im Rahmen ihrer vergangenen Jahr veröffentlichten Kernforderung für notwendig erklärt.

„Die angekündigte Erarbeitung einer dauerhaften Lösung in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden ist ein positives und notwendiges Zeichen von Seiten der neuen Bundesregierung und es freut uns sehr, dass die Arbeit der Allianz der Freien Künste bereits im ersten Jahr ihres Bestehens solch deutliche Früchte trägt“, so Lena Krause, eine der beiden Sprecher*innen der Allianz.

Stephan Behrmann, zweiter Sprecher der Allianz der Freien Künste, ergänzt: „Die sozialen Rahmenbedingungen für Kunstschaffende müssen maßgeblich angepasst werden und es ist sehr erfreulich, dass die neue Regierung die nötigen Schritte einzuleiten scheint. Wir stehen in jedem Fall sehr gerne beratend zur Verfügung und freuen uns auf einen intensiven Austausch mit der Politik, beispielsweise im Rahmen unseres in Kürze stattfindenden Hearings zu unseren Kernforderungen.“